

**Schriftliche Anfrage betreffend Stand und Kosten der Verfahren
«Basel nazifrei» November 2018 und 1. Mai 2023**

24.5365.01

Inwieweit die Massenfälle in den beiden rubrizierten Sachverhalten durch eine falsche bzw. zumindest unsensible Polizeitaktik erst verursacht wurden, kann hier offen bleiben. Immerhin wird festgehalten, dass selbst die Sicherheitsdirektorin der Ansicht ist, dass die im aktuellen Bericht Prof. M. Schefer aufgezeigten Missstände schon mindestens 10 Jahre alt seien (vgl. BZ 19.7.2024).

Massivere polizeilichen Zwangsmassnahmen im Rahmen von bewilligten politischen Demonstrationen (ohne strafrechtlich relevante Vorfälle) sollten und dürften nicht (antizipierend) vorkommen oder gar zur Gewohnheit werden. Solche Zwangsmassnahmen/Polizeieinsätze sollten zudem nicht nur in der Einschätzung/Kompetenz der Einsatzleitung sein, sondern obliegen auch der politischen Einschätzung der verantwortlichen Departementsführung. Bei den beiden rubrizierten Polizeieinsätzen ist eine Vielzahl von Straf- und Administrativverfahren (von «beiden Seiten») angestrengt wurden. Auch bei der Demonstration «Basel nazifrei» ist nach 6 Jahren noch kein Ende abzusehen. Die dortigen Fälle liegen nach Rückweisung wieder beim Strafgericht. Jedenfalls entsteht der Eindruck, dass die Basler Polizei mit den dortigen Eingriffen im November 2018 resp. 1. Mai 2023 auch der Basler Strafverfolgung eine kaum machbare, jedoch auf alle Fälle teure und komplexe Arbeit aufgebürdet hat.

Ich frage daher die Regierung an:

1. Wie viele Fälle (Straf- und Administrativverfahren) sind im Rahmen des Basel nazifrei-Komplexes November 2018 bei welcher Instanz heute noch hängig?
2. Wie viele Verfahren (Straf- und Administrativverfahren) sind im Bereich 1. Mai 2023 noch hängig und bei welcher Instanz?
3. Können die Kosten dieser rechtlichen Nachbearbeitung der beiden Polizeieinsätze 2018 + 2023 per heute deklariert werden (zumindest Schätzung)?
4. Ist die Regierung auch retrospektiv der Ansicht, dass die beiden Polizeieinsätze gerechtfertigt waren?
5. Ist die Regierung der Ansicht, dass die beiden Polizeieinsätze auch mit dem aktuellen Befund von Professor Schefer zusammenhängen resp. diese spätestens nach der Neubesetzung der Polizeileitung vermeiden lassen?

René Brigger